

75. Jahrestag der Gründung der Deutschen Volkspolizei

Prof. Dr. jur. Generalinspekteur (VP) a.D. Willi Hellmann

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und die damit einhergehende Befreiung von den unvorstellbaren, brutalen und mit allen kriegerischen Mitteln von der Hitler-Diktatur begangenen Verbrechen an der Menschheit, löste eine große Erleichterung aus. Gleichzeitig brachte das nun offene Ergebnis des vom Faschismus verursachten, einmalig in Umfang und Ausgang geführten verbrecherischen Krieges die unglaublichen und niemals zuvor dagewesenen Verbrechen an den Menschen in den Konzentrationslagern, den Zuchthäusern, den Kriegsgefangenenlagern und an der Zivilbevölkerung in den besetzten Ländern zu Tage.

Von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ausgesprochen, wurde der Wille deutlich: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Dieser Grundsatz war und ist bis heute Handlungsmaxime im Kampf für eine friedliche Welt und sollte es auch bleiben. Er war immer auch ein Grundgedanke aller Angehörigen der Volkspolizei in der DDR.

Wenige Tage nach der am 9. Mai 1945 erfolgten Kapitulation des faschistischen Deutschen Reiches, werden erste Gruppen der Polizei, unterstützt von Angehörigen der sowjetischen Besatzungstruppen, vordergründig in Berlin, operativ tätig.

Am 25. Mai 1945 erließ der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Nikolaj Bersarin, den Befehl zur Organisierung von Polizei, Gericht und Staatsanwaltschaft in Berlin.

Dieser Vorgang gilt als Beginn der Tätigkeit der Volkspolizei.

In der sowjetischen Besatzungszone begann die Aufstellung der erforderlichen Dienststellen und Einheiten. Von Anfang an bestand das Ziel, eine neue, vor allem demokratische und nicht bürgerliche Polizei aufzubauen, die vorrangig die Bevölkerung schützen, stabile Verhältnisse und öffentliche Ordnung gewährleisten sollte. Im Zusammenwirken mit der sowjetischen Administration und den Kommandanturen sowie den bereits ersten in „Verwaltungen“ bzw. politischen Organisationen Tätigen, wurden den neuen Anforderungen entsprechende zu-

verlässige Personen ausgewählt und eingesetzt. Insbesondere waren das für Führungsaufgaben erfahrene Antifaschisten, Kämpfer gegen die Hitler-Diktatur, die aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen, und der Emigration kamen, die als Interbrigadisten im Spanienkrieg kämpften, oder illegal im eigenen Land den Widerstand organisierten. Sie waren hauptsächlich in der KPD, in der SPD oder anderen antifaschistischen Gruppen gegen die Hitler-Diktatur tätig. Andere bereitwillige Bürger, die keiner Nazipartei angehört hatten, die antifaschistisch orientiert und unbescholt waren, wurden nach Prüfung für den polizeilichen Dienst eingestellt. Ehemalige Nazi-Polizisten und Nazis waren ausgeschlossen.

Unschätzbar für die Bildung und die Stabilisierung der Volkspolizei waren die Angehörigen der sowjetischen Militäradministration und der örtlichen Kommandanturen. Als Freunde standen sie den Verantwortlichen zur Seite. Als Sieger gekommen, hatten sie alle Gründe der Welt, sich zu rächen für das, was im Krieg die hitlerischen Verbrecher den sowjetischen Völkern an unermesslichem Leid und unwiederbringlichen materiellen Schäden angetan hatten.

Im Mai 1949 wird die Bezeichnung Volkspolizei offiziell eingeführt. Sie war bis dahin in unterschiedlichen Intervallen und im dienstlichen Umgang miteinander schon gebräuchlich.

Erstmals entstand in Deutschland eine Volkspolizei. Diese Bezeichnung ist kein leerer Begriff. Er ist Ausdruck für den Willen ihrer Angehörigen, die Ziele für eine neue, demokratische Polizei zu realisieren. Auch die Unterstützung der polizeilichen Arbeit durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung belegt die Berechtigung der Namensgebung, wie auch das Miteinander mit den staatlichen Institutionen, den Parteien, insbesondere der sozialistischen SED und gesellschaftlichen Organisationen in den Bahnen gemeinsamer Zielstellungen

Es begann ein langer, oftmals beschwerlicher, aber erfolgreicher Weg. Die Volkspolizei der DDR, vereint mit den Sicherheitskräften, er-

füllte ihre Aufgaben bei der Überwindung der nazistischen Ideologie und zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, nicht ohne die Bewältigung mancher Schwierigkeiten, Fehler und Rückschlägen in der internen und polizeilichen Arbeit.

Die positiven Ergebnisse entstanden aber auch in der Abwehr ständiger Störungen durch die Kräfte in der Welt, die ihre jahrhundertlange Herrschaft auf Kriege stützten, die auf Kosten der von ihnen Ausgebeuteten, Unterdrückten und Armen in Reichtum lebten. Sie wollen diese „ihre“ Welt behalten. Eine andere, eine friedliche Welt und Gleichheit für alle ist den nach beiden Weltkriegen vereint aufstrebenden Kräften bis heute nicht gelungen. Bis heute dauert dieser Kampf an. Auch die DDR und mit ihr die Angehörigen der Volkspolizei waren daran beteiligt.

Die aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung der Volkspolizei bis hier kurz dargestellten Anfangsjahre hielt ich für notwendig, um besonders der damaligen Generation zu gedenken, die unter schwierigsten Bedingungen Menschlichkeit und Verantwortung bewies. Sie war Ansporn und Beispiel für die folgende Generation. In der Tradition der Volkspolizei hat sie bis heute den vordersten Platz.

Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949, in deren Folge wesentliche staatliche und gesellschaftliche Umgestaltungen erfolgten, hatte, wie im ganzen Staat, positive Auswirkungen auf die Tätigkeit der Volkspolizei. Das neue Ministerium des Innern übernahm die zentrale Führung der Volkspolizei, der bereits 1950 die Dienstzweige Feuerwehr und Strafvollzug zugeordnet waren. Über die Innenministerien der Länder reichte die Führung bis in die untersten Ebenen.

Fast drei Jahre später erfolgte mit der Verwaltungsreform in der DDR eine weitgehende Veränderung der staatlichen Struktur. Die Länder wurden aufgelöst und die staatliche Gestaltung an 14 Bezirke übertragen. Aus Landesbehörden der DVP wurden 14 Bezirksbehörden und nachgeordnet Volkspolizei Kreisämter. (VPKA). Diese Umstellung und weitere Änderungen an der Struktur, die Vergrößerung des Personals und der Einsatz eines inzwischen

qualifizierteren Kaderbestandes erbrachte eine größere Stabilität in allen Dienstbereichen. Beispielhaft für die Festigung der Rolle der Volkspolizei waren die in dieser Periode geschaffenen Freiwilligen Helfer der *Volkspolizei* und der Einsatz von Abschnittsbevollmächtigten als Bindeglied zur Bevölkerung.

Zur Entstehung dieser bisher neuen Volkspolizei gehört auch ihre Ausbildung, zumal am Anfang und noch eine bestimmte Zeit danach fast nur absolute Anfänger Dienst verrichteten. Bereits Anfang der 40er Jahre fanden, zuerst durch die Länder, und dann auch von der Deutschen Verwaltung des Innern, Kurse und Bildungslehrgänge, hauptsächlich für Leitungskader, statt, die kontinuierlich auf spezielle Fachrichtungen erweitert wurden.

Es wurden reguläre Schulen eingerichtet. So fand schon im September 1949 der erste 9 monatige Lehrgang mit 500 Schülern an der Zentralschule für Kriminalistik in Arnsdorf/Dresden statt, der in dieser Form einige Jahre bis zum Übergang zur Fachschule Aschersleben einige hundert Kriminalisten heranbildete. In Aschersleben studierten außerdem Schutz- und Verkehrspolizisten. Es bestanden weitere Schulen für VP-Angehörige aus fast allen Fachrichtungen, wie z.B. Pass- und Meldewesen, Wasserschutz- und Transportpolizei, ABV, bis hin zum Polizei-Hundeführer. Im September 1955 wurde die Ausbildung für Leitende Offiziere der DVP in zwei- bis vierjährigen Lehrgängen in Berlin eingerichtet. Diese Ausbildungsstätte wurde 1962 zur offiziellen Hochschule der Deutschen Volkspolizei umgebildet. Während ihres Bestehens studierten dort mehr als sechstausend Führungskader der DVP, die, wie auch

die Teilnehmer anderer Ausbildungsstätten, hervorragend, ausgebildet waren. In der Praxis bewiesen sie ihr fachliches Können, ihre hohe Moral und Einsatzbereitschaft für Ordnung und Sicherheit. Das galt gleichermaßen für die Volkspolizistinnen und Volkspolizisten in den örtlichen Dienstbereichen als auch für die Angehörigen der kasernierten Bereitschaften.

Ich wende mich, im Hinblick auf 75 Jahre Volkspolizei der DDR, mit der Darstellung nur weniger Etappen aus dieser Zeit an ehemalige Volkspolizistinnen und Volkspolizisten der DDR, an die Wegbegleiter, Mitstreiter und an die Gleichgesinnten. Wer dabei war, sollte sich an diese Zeit erinnern, vielleicht persönliche Momente nacherleben. Er sollte an schwierige, an traurige aber auch an glückliche Momente oder Zeitpunkte zurückdenken, an Erfolge oder Niederlagen und an ehemalige nicht mehr unter uns lebende Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter.

Ich wünsche allen ehemaligen Volkspolizistinnen und Volkspolizisten und ihren Familien weiterhin ein erfülltes und schönes Leben und gute Gesundheit. Es gibt für uns alle keine Gründe, auch wenn man bis heute versucht, unsere Leistungen und Anstrengungen für Ordnung und Sicherheit für die Bevölkerung im DDR-Staat zu leugnen oder zu diskriminieren, uns vor unseren Leistungen zu verstecken.

Sofort am Ende der DDR wurde versucht, unsere persönlichen rechtmäßig erworbenen sozialen Leistungen wegen unserer Nähe zum sozialistischen Staat zu kürzen. Auch dann konnten wir, eng verbunden in unserer Gemeinschaft „ISOR“, unsere kameradschaftlichen Fähigkeiten, zusammen mit den anderen ebenfalls von diesem Unrecht betroffenen Angehöri-

gen der bewaffneten Organe der DDR, für einen Teil erfolgreich dagegensetzen. Die endgültige Beseitigung dieses Unrechts erfordert weiter unsern Kampf. Die Stigmatisierung der ehemaligen Mfs-Angehörigen wird seit über 30 Jahren dafür benutzt, ihnen ihre rechtmäßigen sozialen Leistungen vorzuhalten.

Allen für die Mitwirkung an den bisherigen Erfolgen Beteiligten Dank. Unser Kampf geht weiter.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der geschäftsführende Vorstand beschloss in einer Beratung am 13. Mai 2020, die Reduzierung der Aktivitäten des Vereins und der Arbeit der Geschäftsstelle auf das unbedingt Nötige vorerst beizubehalten.

Er dankt allen TIG-Vorständen und Mitgliedern für ihr Verständnis und ihre Disziplin im Zusammenhang mit der Umsetzung der für den Gesundheitsschutz erforderlichen Regelungen.

*

Aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus legten als Vertreter des Präsidiums des OKV und des Vorstandes der ISOR Matthias Werner, Joachim Bonatz, Prof. Horst Bischoff und Wolfgang Schmidt am 8. Mai in Karlshorst und am 9. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow Blumengebinde zu Ehren der Helden der Sowjetarmee nieder. In einer Initiative hatten auch Vertreter aus einer Reihe von TIG mit Besuchen der Gedenkstätten für die gefallenen sowjetischen Soldaten an den Tag der Befreiung erinnert.

*

Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e. V.

Aufruf



Angesichts der hohen finanziellen Lasten, die Deutschland infolge der Corona-Krise zu schultern hat, besteht völliges Unverständnis, dass Deutschland weltweit in den Rüstungsausgaben pro Bürger führend sein und bleiben soll.

Absolutes Unverständnis und Widerspruch erregen die Ideen der Verteidigungsministerin, welche die deutsche Luftwaffe mit modernsten Trägermitteln für atomare Bewaffnung am Parlament vorbei ausstatten will. Sie verspricht dafür ein Vielfaches des bisherigen jährlichen Rüstungsbudgets von Deutschland den entsprechenden US-Unternehmen. Wem dient sie?

Dem Steuerzahler soll dies zusätzlich aufgebürdet werden. Sie ist dermaßen naiv in Fragen von Aktion und Reaktion, dass sie nicht begreift, damit die Existenz von Deutschland und seinen Nachbarn aufs Spiel zu setzen. Wir

unterstützen die Forderung der Linkspartei und der SPD-Spitze angesichts der neuen Risiken für den Frieden und die Sicherheit in Europa, die mit dem neuen Aufmarsch gegen Russland im Zuge von Defender 2020 sichtbar wurden, jegliche atomare Bewaffnung dauerhaft aus Deutschland zu verbannen.

Es ist unerklärlich, die friedliche Nutzung der Atomkraft in Deutschland auszuschließen und zugleich die atomare Bewaffnung Deutschlands durch NATO und USA immer gefährlicher machen zu lassen.

Unverständnis besteht auch gegenüber den Ideen, vollautomatische Waffensysteme zu entwickeln und die Bundeswehr damit auszurüsten. Modernste Drohnen in Deutschland bauen zu lassen und die Bundeswehr damit auszustatten, ist Absatz- und Profitsicherung

für die Rüstungskonzerne zugleich. Die Bundeswehr benötigt zur Verteidigung Deutschlands keine bewaffneten Drohnen. Das sind Waffen für Angriffe, Terror und Auslandseinsätze. Dies dient nur dem Profit der Konzerne. Es macht das menschliche Zusammenleben nicht sicherer. Technische Pannen vollautomatischer Systeme haben unübersehbare Auswirkungen.

Die Bürger unseres Landes können und wollen in Frieden arbeiten und zusammenleben. Sie sind zunehmend nicht mehr bereit und auch nicht mehr in der Lage, diese Lasten zu tragen und Fehlentscheidungen zu verantworten.

Das OKV e.V. ruft Gewerkschaften, Verbände und Bürger dazu auf, die SPD-Spitze und die Linkspartei zu unterstützen. Deutschland muss atomwaffenfrei werden. Deutschland braucht seine finanziellen Mittel, um die Kosten

von Corona nicht auf die Bürger abwälzen zu müssen.

Der Weg in Richtung Profitsicherung der Rüstungsprofiteure, bei gleichzeitigem Überfrachten der Bürger mit neuen Schulden, hin zu Demokratieabbau, Bevormundung, Chaos und Krieg, muss gestoppt werden.

Tel.: OKV- Präsident: 0175-265 28 97;
Pressesprecher: 030/9912254;
E-Mail: info@okv-ev.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE68 1005 0000 0190 5097 40
BIC: BELADEBEXXX



In unserer **TIG Berlin–Köpenick** sollte am 22. April unsere Buchbesprechung zu „Der Sonderermittler – als Kriminalist in Diensten des MfS“ stattfinden. Da nun größere Zusammenkünfte in Versammlungsräumen nicht mehr gestattet waren, kam uns die Idee, unseren Gedankenaustausch an diesem Tag per Handy, Telefon, PC, usw. auszutragen. Bereits im Februar hatten wir den Interessenten, alles ISOR-Veteranen, signalisiert und zur Bedingung gemacht, dass nach Möglichkeit jeder mindestens einen Vertreter der nachfolgenden Generation in seinem Schlepptau mitbringt und das Buch (wir hatten eine genügende Anzahl mit Hilfe des Autors vermittelt) auch gelesen haben sollte. Wir wollten es nicht glauben, es funktionierte. Da ich glücklicherweise oder zufällig auch einer der fünf Berliner Kriminalistik-Fernstudierenden war, die, wie im Buch erwähnt, regelmäßig gemeinsam nach Leipzig fuhren, wurde mir die Vermittlerrolle zwischen dem Autor und den Fragenden übertragen. Das fiel mir nicht schwer, denn mit Hans verbindet mich eine mehr als 50-jährige Freundschaft, die im wahrsten Sinne des Wortes durch Freud und Leid gekennzeichnet ist.

Über den nun folgenden Gedankenaustausch könnte man ein zweites Buch verfassen. Ich wünschte manchem Buchschreiber eine solche Resonanz zu erfahren wie sie sich hier, vor allem auch durch unsere jungen Leute offenbarte. Ich reduziere es einmal auf sachliche Kompetenz, Achtung vor dem Alter und der Anerkennung der Leistung der älteren Generation. Damit schlossen sie vor allem ihre Eltern und Großeltern ein. Der Enkel einer meiner Mitstreiterin, 19 Jahre alt, jetzt Student, sagte: „Nun verstehe ich noch besser einzuordnen, was meine Eltern und Großeltern geleistet haben. Gleich, wo und auf welchem Platz sie standen oder vielleicht auch manchen Fehler gemacht haben. Ich werde dafür sorgen, dass ihr Handeln und ihr Einsatz für uns nicht verunglimpft wird.“ Das erinnert mich an eine Aussage von Hans Bauer, dem Vorsitzenden des OKV auf dem Februar-Colloquium anlässlich der Gründung des MfS: „...es hat für uns keinen Sinn, die Arbeitsgebiete nach ihrer Bedeutung zu be-

Das Präsidium des OKV e.V.
Berlin, 5. Mai 2020

Kontakt: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin;
dienstags: 10.00–12.00 Uhr, Raum 630;
Internet: www.okv-ev.de

Engelhardt: „...große Achtung für eure vertrauliche Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und der Fürsorge, die ihr vor allem den Eltern der Opfer gaben...“

Oder wer hätte ohne das MfS bei den Untersuchungen zur Aufklärung eines in Westberlin verübten Mordes grenzüberschreitende Ermittlungen im Operationsgebiet BRD durchführen können. Gleiches auch bei den anderen Transitleichen.

Oder wer hätte ohne das MfS den PKW eines in Westberlin lebenden Mordverdächtigen in die DDR bringen können um wichtige Beweismittel in diesem Pkw sichern zu können. (Seite 266)

Oder denken wir an die umfangreichen Recherchen der HA VI zu den Reisetätigkeiten der Mordverdächtigen bei Transitleichen. Das waren Glanzleistungen der durch das MfS durchgeführten Aufklärungshandlungen von gegen die DDR gerichteten Verbrechen.

Der nächste gleichermaßen wichtige Grund für sein Buch war die Tatsache, dass die meisten seiner langjährigen Mitstreiter bereits aus biologischen Gründen die Welt verlassen haben. „Wer außer mir, ohne mich wichtig zu machen, kann noch über diese Zeit berichten. Ich bin heute 86 Jahre alt, meine Arbeitspartner waren meist älter, mit allen biologischen Nachteilen“. Er hat seit dem Erscheinen des Buches eine Vielzahl Zustimmungen erhalten. Unbekannte Menschen rufen ihn an, bedanken sich und lassen sich ein Buch schicken. Sie ermitteln ihn immer über den Verlag. Er freut sich über jeden Anruf. „Die Resonanz ist ganz stark. „Wir werden die durch Corona bedingten Ausfälle unserer Buchaussprachen wieder in Gang bringen“, so der Autor des Buches.

Für den Erfahrungsaustausch hier seine E-Mail-Adresse: hansbecker34@aol.de

Also, liebe ISOR-Freunde und Zeitgenossen. Da es uns in den nächsten Monaten wieder nicht gelingen wird große Zusammenkünfte zu organisieren, nehmt einfach das Buch zur Hand, Zeit und Muße dazu ist ja vorhanden. Und damit jeder Leser meines Artikels das Bild von den fünf Berliner Studenten abrunden kann, hier mein letzter moralisierender Gedanke: Trotz der Belastung durch das Studium haben wir es nicht versäumt, so wie es uns einst Goethe vorlebte, gelegentlich in „Auerbachs Keller“ vorbeizuschauen und ein Gläschen Bier zu trinken.

Klaus Buchner

werten, gar bestimmte Bereiche nachträglich als „Belastung“ zu betrachten. Jede andere Betrachtung schadet uns, spaltet uns und liegt im Interesse unserer Gegner. Wir entziehen uns nicht eigener kritischer Überlegungen, aber dazu brauchen wir nicht die Feinde der DDR...“

So ist auch die wichtige Erkenntnis des Autors im Vorfeld seines Buches zu verstehen, dass er durch seine spezielle Tätigkeit als Kriminalist im MfS etwas bekunden kann, gegen die schon 30 Jahre währende unbegründete Behauptung, das MfS sei nur mit der Unterdrückung der Bevölkerung der DDR befasst gewesen. Sie untersuchten jahrzehntelang im Auftrag des MfS, meist im Zusammenwirken mit den Kriminalisten des MdI, das kriminelle Geschehen in der DDR, aber auch Sachverhalte, welche nicht von vornherein als kriminelles Vorkommnis beurteilt werden mussten oder konnten, aber zum Schutz der Bürger unseres Landes oder zur Erhaltung der Sicherheit der DDR absolut untersuchungswürdig waren.

Und niemals hat die Führung des MfS Einfluss auf die Ergebnisse dieser Untersuchungen genommen. Sie haben immer der Wahrheit verpflichtet untersucht und niemals nach den Wünschen irgendwelcher Vorgesetzten. Das wird auch der Grund sein, warum diese kleine Diensteinheit des MfS in der Schlamschlacht gegen das MfS keine Erwähnung findet. Niemand kann ihnen vorwerfen, dass sie die Untersuchungstätigkeit nach den Vorgaben der Führung des Ministeriums ausgerichtet haben.

So wie er auf Seite 344 schreibt, war mit dem Aufbau der Spezialkommissionen in den Untersuchungsabteilungen des MfS nicht gedacht, eine Konkurrenz zur Kriminalpolizei zu schaffen. Sie sollten mit ihren Erfahrungen, ihrer technischen Ausstattung und den Möglichkeiten der operativen Diensteinheiten des MfS die Kriminalpolizei unterstützen und in der Lage sein, beliebige Vorkommnisse eigenständig zu untersuchen. Wie wäre es denn ohne diese möglich gewesen, dass sie z.B. bei der Untersuchung der Morde an Kindern in Eberswalde binnen fünf Tagen eine komplette Duplikat-Akte eines Kindermörders in der BRD auf dem Tisch zu liegen hatten? (Seite 140) – Heinz

ISOR und verbündete Vereine gedenken des 75. Jahrestages der Befreiung

Mitglieder des Vorstandes in Berlin-Karlshorst



Bernau und Umgebung



Buckow/Strausberg



Erinnern und Gedenken

Bereits vor dem 8. und 9. Mai gab es vielfältige Aktivitäten und Initiativen von Organisationen und Vereinen, welche das Thema der Befreiungstat der Roten Armee reflektierten. Besonders mit dem geplanten NATO-Manöver „Defender 2020“, erhielten diese einen ganz neuen Stellenwert.

Trotz aller verordneten Beschränkungen fanden die Menschen den Weg zu den Gedenkstätten für die Gefallenen der Roten Armee. Mit Kranzniederlegungen, Gedenkminuten, Petitionen, kurzen Ansprachen und anderen Ehrenbekundungen, gedachten tausende Menschen in der Bundesrepublik Deutschland dieser Gedenktag.

In Moskau fand eine Ehrenbekundung im Alexandergarten am Kreml durch Wladimir Putin statt. Sie wurde mit einem Ehrenzeremoniell der Kremlwache begleitet. Die geplante Siegesparade anlässlich des 75. Jahrestages wurde verschoben. Die Nachricht darüber wurde von den hiesigen Medien mit Spott und Häme bedacht.

In Berlin bekärfigte der Botschafter der Russischen Föderation, Sergej Netschajew, noch einmal, dass der Tag des Sieges für das russische Volk heilig sei, weil es der Tag der Befreiung nicht nur der damaligen Sowjetunion, sondern auch der Befreiung Europas vom Nazismus sei. Der Botschafter erinnerte daran, dass allein in Deutschland rund 800.000 sowjetische Staatsbürger in mehr als 4.000 Gräbern ihre letzte Ruhe gefunden haben.

Ihnen und den überlebenden Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges gelte der besondere Dank der russischen Nation. Aber auch den Freunden Russlands in Deutschland werde „für ihre Solidarität, Unterstützung und Sympathie, die an diesem Tag bekundet“ zum Ausdruck kommt, gedankt.

Neben den Vertretern der russischen Botschaft, waren Botschafter ehemaliger Sowjetrepubliken wie Belarus, Kasachstan sowie der Regierende Bürgermeister Berlins, Herr Müller, und der sächsische Ministerpräsident, Herr Kretschmer, anwesend, um nur einige zu nennen. An-

wesend waren auch Angehörige der russischen Streitkräfte in Paradeuniform, Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche und natürlich jede Menge Menschen, mit Blumen und dem Georgsband am Revers, das im Russland der Neuzeit als wichtigstes Symbol für den Sieg über den deutschen Hitlerfaschismus Geltung erlangt hat.

Im Gegensatz zum offiziellen Staatsakt der Spitzenvertreter der bundesdeutschen Verfassungsorgane am 8. Mai an der Neuen Wache an der Straße Unter den Linden, war in Treptow von besonderen Sicherheitsvorkehrungen nichts zu bemerken, gleichwohl Atemschutzmasken gesichtet wurden und viele Menschen auch auf die Abstandsregeln achteten. Warum auf dem Staatsakt keine Vertreter der Botschaften der alliierten Siegermächte anwesend waren, steht für viele Menschen nach wie vor als Frage im Raum. Die notwendigen Abstandsregeln können es nicht gewesen sein, denn der Platz vor der Neuen Wache und die Räumlichkeit selbst, bieten ausreichend Fläche für die Einhaltung dieser Regel. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt eine rhetorisch sehr emotionale Rede, verhinderte aber, die Sowjetunion namentlich zu nennen.

Viele Menschen werden zustimmen, wenn ich hier auf die politischen Abstände verweise, die es zurzeit in der Politik der Bundesregierung gegenüber Russland gibt. Ständig öffentlich auf die Krim zu verweisen, macht deutlich, welches Verständnis zum Völkerrecht bei den politischen Verantwortlichen vorhanden ist. Da hilft auch nicht immer der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages. Nicht unerwähnt bleiben sollen die Aktivitäten des OKV, der Friedenskoordination Berlin und des Vereins „Berliner Freunde der Völker Russlands“. Mit offenen Briefen und einem Schreiben an die Bevölkerung Russlands wurden Unterschriften gesammelt, die an Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation übergeben wurden. Mit einer Publikation unter dem Titel „Befreier-Befreite-Freunde“, möchte der Verein der Berliner Freunde der Völker Russlands sich würdig darin einbringen. Sogar eine Namensverleihung an den Verband zur Pflege

der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR war Bestandteil der Ehrungen und Feierlichkeiten. Dem Verband wurde der Name „Marschall Tschuikow“ verliehen. Eine Tradition, welche nach wie vor in der russischen Gesellschaft lebt und vielen DDR-Bürgern bekannt ist.

Über dem Gelände des Sowjetischen Ehrenmals in Treptow kreiste ein Kleinflugzeug mit einem Transparent, das an den 75. Jahrestag des Sieges über den Faschismus erinnerte.

Es ist für die heutige Zeit bezeichnend, dass die Menschen über und mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement aktiv werden müssen, um Politiker und Parteien der BRD zu einer friedlichen und Völker verbindenden Außenpolitik gegenüber Russland zu bewegen. Lassen wir in unseren Kampf für Frieden und Solidarität mit anderen Völker und Nationen nicht nach.

Lothar Schlüter (unter Verwendung eines Artikels von Sputnik-news)

Mit diesem Link kann die Ehrenbekundung in Moskau angesehen werden.

https://www.youtube.com/watch?v=1cXolcQcwnQ&feature=emb_rel_end

Link zum Feuerwerk über Moskau am 09. Mai 2020

https://www.youtube.com/watch?time_continue=636&v=7hdqmUgJyqU&feature=emb_logo

ISOR aktuell erhielt aus vielen TIG Berichte in Wort und Bild über verschiedene gestaltete Ehrungen anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Dafür danken wir allen Einsendern. Die Fülle der emotional verfassten Zuschriften allein aus Berlin und Chemnitz gestattet es leider nicht, alle zu veröffentlichen. Und wir wollen auch niemanden bevorzugen oder hintenanstellen. Wir bitten dafür herzlich um Verständnis. In den nächsten Ausgaben kommen wir auf verschiedene Beiträge zurück. (Red.)

Auch das noch

„Schau mir in die Augen, Kleines“, ist die populär gewordene schmalzige Aufforderung von Humphrey Bogart an Ingrid Bergmann in der Antifa-Schmonzette „Casablanca“, USA 1942.

Casablanca? Schau mal der Geschichte in die Augen und du findest auch das noch: Nämlich eine zunächst geheim gehaltene Konferenz im Januar 1943 zwischen den Häuptern Franklin D. Roosevelt aus dem erwähnten Filmland und Winston Churchill, den eine Hassliebe mit J.W. Stalin verband. Dieser war zwar auch eingeladen hatte aber justament damit zu tun, die faschistischen deutschen Truppen aus Stalingrad zu entfernen, was den beiden Einladenden natürlich nicht bekannt sein konnte. Aber warum trafen sie sich vom 14. bis 24. Januar 1943 in Marokko?

Man ließ den abwesenden Stalin wissen, dass die versprochene Eröffnung der 2. Front leider um etwa anderthalb Jahre verschoben werden muss; ja, leider, man war noch nicht soweit.

Im Sprech der bürgerlichen Medien unserer Tage klingt das jetzt - nach ordentlicher Beigabe eines Weichspülers - so: Die beiden Macht-

haber hätten vereinbart, nunmehr gemeinsam gegen Hitlerdeutschland vorzugehen und alles zu tun und so weiter ... Ferner verbreiten die Märchenerzähler als Folge von Casablanca, der Goebbels sei über das Gesprächsergebnis so erschrocken, dass er am 18. Februar 1943 den „totalen Krieg“ ausrufen ließ.

Man soll sich nicht wiederholen, aber Stalingrad hatte ich ja wohl schon erwähnt. Warum sollte Goebbels deswegen im Berliner Sportpalast die Nazi-Schafe zusammengetrieben haben?

Und die Geschichte weiß auch das noch: Als dann die Westalliierten im Juli 1944 wirklich in der Normandie anlandeten, natürlich als alleinige Folge von Casablanca, führte sie der Weg zur Befreiung Europas direkt nach Berlin-Karlshorst. Das kann man jetzt im dortigen Kapitulationsmuseum (zunächst digital) besichtigen. Die Ausstellung heißt (kein Witz!) „Von Casablanca nach Karlshorst“. Dort hatte die Rote Armee aber schon Quartier bezogen, nachdem sie halb Europa von der Teutonen-Clique gesäubert hatte, damit die Herren aus Übersee sich ein wenig erholen konnten.

„Von Casablanca nach Karlshorst“? An allem ist laut Karl Marx zu zweifeln. Also ist es auch an dem ausgekochten Motto gestattet. w.k.

*

Aus der Postmappe

Jürgen Barz aus Wismar kommentiert eine Meldung in der Ostsee-Zeitung vom Mittwoch 6.5.2020

Ausgangspunkt dieser Berichterstattung ist ein Angriff von 2015, auf Bundestagsserver, von denen massenhaft Daten gestohlen wurden.

Markus Decker eröffnet mit: „Hackerangriff auf den Bundestag kam wohl aus Russland“. Dann kommt der Untertitel: „Behörden identifizierten fünf Jahre nach dem Verbrechen offenbar einen Mitarbeiter des Militärdienstes GRU als Täter.“

Schon nach diesen Zeilen hätte die Redaktionsleitung Herrn Deckert nach Hause schicken sollen, mit der Auflage vernünftig zu recherchieren.

In seinem Artikel arbeitet er mit Worten, wie: „...ist es Ermittlern offenbar gelungen einen Täter zu identifizieren“, „kann wohl“, „vermutlich“, „nach offiziellen Angaben“

Für die Echtheit seiner Angaben stützt er sich zusätzlich auf Informationen von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung. Oder sollen sie sogenannte Autoritätsbeweise darstellen?

Selbst dafür sind sie nicht geeignet. Es wird ein Name genannt und auf die Verbindung zum russischen Militärdienst verwiesen.

Herr Decker bringt dann auch den Generalbundesanwalt, den Bundesgerichtshof und einen internationalen Haftbefehl ins Spiel, der erwirkt wurde.

Ein Zitat von Fahrradfahrer Scharping drängt sich auf: „Hätte, hätte – Fahrradkette“.

Es ist entsetzlich, was in diesem Artikel als angebliche Information verkauft wird und mir stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit.

Ich weigere mich zu vermuten, dass Russland in Erinnerung gebracht werden soll, um so den 8. Mai zu würdigen.

*

„Die Opfer, die auch Täter waren“, gern gebrauchte These zum Jahrestag der Befreiung - Artikel der sächsischen „Freie Presse“ vom 4.5.2020 S. 3

Die Überschrift verdreht die Tatsachen. Sie sollte lauten: „Die Täter, die ihre eigenen Opfer wurden.“ Der danach zitierte Satz unseres einstigen Bundespräsidenten Richard von Weizäcker zeugt von Mut und historischer Kompetenz: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“. So wurde er übrigens über Jahrzehnte, als gesetzlicher Feiertag bis 1967, mit Würde in der DDR begangen. Er war nicht

„offizielle Erinnerungskultur“, welche ausschließlich das Bild der siegreichen Roten Armee und der Befreiung vom Faschismus zuläßt. Im Gegenteil, er war für viele Herzenssache. Mir ist unklar, wie sogar Historiker regelmäßig zu derartigen, tendenziösen Einschätzung gelangen. Es ist hinreichend geschichtswissenschaftlich belegt, welche Entstehungsgründe für die Hitlerdiktatur maßgeblich waren. Die politischen Faktoren, welche es dem Diktator und seinem Klüngel gestatteten, das ungeheure Verbrechen eines weltweiten Vernichtungskrieges vom Zaun zu brechen sind bekannt.

Faschismus war keinesfalls ein von Hitler angeführtes kriminelles Projekt, dem sich Millionen Deutschen unterwarfen. Faschismus war ein politisch gewolltes Regime, verbunden vor allem mit ungezügeltem Terror gegen Anders-

denkende, Juden, Liberale, Sozialisten, Kommunisten, unangepasste Christen. Faschismus war die in ein politisches System gegossene ungezügelte Profitgier der konservativsten deutschen Kapitalisten, nach Expansion, Sklavenarbeitern, Rohstoffen und geopolitischen Pfründen, vor allem im Osten. Faschismus war willfährige Mittäterschaft des

Offiziersklüngels der Reichswehr, später der Wehrmacht, und der reaktionären Teile des deutschen Adels. Die Bundesrepublik benötigte Jahrzehnte, deutsche Patrioten wie Graf Stauffenberg als solchen anzuerkennen und der notwendigen Würdigung zuzuführen. Es ist unstrittig, dass Hitler und seine Täterbande durch die Exponenten der deutschen Politik und Wirtschaft salonfähig gemacht wurden. Die Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee als Hauptexponenten der Beseitigung dieser Pest zu würdigen, ist bei den beispiellosen Opferzahlen, die das Land erbringen musste, 27 Millionen Menschen, die Hälfte der Toten dieses ungeheuerlichen Krieges, zwangsläufig. Tragisch ist der Tod jedes Menschen im Krieg. Jedoch die Opfer der Deutschen gegen die Opfer der Russen aufzurechnen ist Geschichtsklitterung. Die Bundesrepublik tut sich schwer, den Tag der Befreiung als solchen zu würdigen. Allein in den Medien spielte dieser Gedenk- und Feiertag im

Abendprogramm keine Rolle. Lediglich der RBB sendete eine Stunde vor Mitternacht den Film „Die Mörder sind unter uns“. Einige andere Beiträge widmeten sich mehr dem erwähnten Opferbild. Vergesse man nie, die Deutschen machten sich mit ihrer Willfähigkeit gegenüber dem Nazismus durch ihre millionenfache Mittäterschaft selbst zu Opfern.

Am 8.5. werde ich an meinen Großcousin Rudi denken, geboren 1920, vermisst als Soldat der Wehrmacht 1941, irgendwo in den weißrussischen Sümpfen. Blumen aber werde ich am Mahnmal für die ermordeten oder verhungerten Sowjetsoldaten aus dem damaligen Kriegsgefangenenlager Nennigmühle, nahe meines Heimatdorfs, niederlegen.

Norbert Staffa, 09432 Großolbersdorf

*

Der 8. Mai ist ein geschichtsträchtiger Tag. Für mich ist Geschichte ein Rückblick. Einer aus 76 Lebensjahren auf das Erlebte, das Gelesene und Überlieferte, gedruckt, und auch mündlich.

Jahrgang 1944, vom Krieg nichts mitbekommen, die Nachkriegszeit bewusst, kindlich, aber doch bewusst wahrgenommen. Geboren in eine einfache rote Arbeiterfamilie. Vater hatte was gegen Hitlers Krieg, und er hat auch etwas dagegen getan, als Sozi gemeinsam mit Kommunisten und Parteilosen. Was, darüber hat nie darüber gesprochen, wozu auch, er hat doch nur getan, was notwendig war. Vater hat damals bei Wanderer gearbeitet und für Hitlers Krieg irgendwelche Teile für die Lenkung der

V-Raketen gefertigt. Das hat zwar Hitlers Krieg gedient, aber unsere Familie vor der Deportation gerettet. Die Welt ist kompliziert und das Leben hat immer zwei Seiten. Ich hatte eine schöne und erfüllte Kindheit, es hat mir an Nichts gefehlt. Wir hatten ein Siedlungshaus, Garten dazu und teilweise Feld und Wiese gepachtet. Das war Arbeit, aber es war auch Futter für die Ziegen, Hühner und Hasen, und es war „zu Essen“ für alle. Wer konnte das schon von sich behaupten. Ich bin meinen Eltern dankbar, was sie für mich getan haben, und ganz besonders dankbar dafür, wie sie mich ohne Gängelei und Druck auf einen Weg gebracht haben, den ich heute noch beschreite.

Vor zehn Jahren, Klassentreffen, 60 Jahre Einschulung, fragte mich einer der Mitschüler, ob ich noch an das glaube, wofür ich in der DDR, als Mitarbeiter des MfS gekämpft habe. Ich habe ihm geantwortet, dass ich immer noch daran glaube, und nach der Konterrevolution von 1990 noch fester denn je. Erst schaute er mich ganz entgeistert an, dann meinte er, dass dies bei dem Elternhaus kein Wunder, und es ihm verständlich sei. Ich wünschte, meine Eltern könnten es hören.

Der 8. Mai ist für mich nicht nur ein Tag zum Feiern. Es ist ein Tag zum Nachdenken, darüber, wie es zu diesem Tag kommen musste (das „musste“ ist kein Schreibfehler, es ist einfach die Aufforderung darüber Nachzudenken, wohin die momentane braune Marschrichtung geht). Der 8. Mai ist für mich ein Tag der Dankbarkeit gegenüber denen, die ihr Leben opferten, um den Faschismus in seiner schlimmsten, bisher auf dieser Erde aufgetretenen Diktatur, zu besiegen. Dass ich mich dabei besonders vor den Völkern der Sowjetunion, den Kämpfern der Roten Armee und ihren Opfern verneige, es ist für mich so selbstverständlich wie für den Neunazi Gauland der Vogelschiss und seine Kumpane die neue braune Marschrichtung.

Der 8. Mai prägte mein Leben zusammen mit der dann folgenden, „neuen Zeit“. Was oder wie war der 8. Mai 1945 und die Tage danach in Chemnitz? Ich habe daran keine Erinnerungen, woher auch. Ich kenne allerdings Zeitzeugen aus meinen Umfeld. Meine Schwester, geboren 1931, und meinen Schwager, geboren 1933, haben diese Zeit bewusster erlebt und ihre Erlebnisse nieder geschrieben. (http://www.linkesufer.de/PDF/20200508_8.Mai%201945_Gedanken.pdf) mich hat zwar keiner gefragt, aber ich sage trotzdem meine Meinung. Der 8. Mai ist und bleibt der Tag der Befreiung, der 9. Mai ist und bleibt der Tag des Sieges der Völker der Sowjetunion und ihrer ruhmreichen Roten Armee über den deutschen Faschismus. Alles andere ist bewusste Fälschung der Geschichte.

Heinz Krummey, Chemnitz

*

Zwischenruf

„Das wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben.“ Das steht als Spalte unserer Titelseite. Das kennt auch fast jeder DDR-Bürger, denn der Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“, war Schulstoff. Er beschreibt, wie sich Menschen in schweren, ja ausweglos erscheinenden Situationen bewähren, zu wahren Persönlichkeiten reifen und lernen, einander zu achten und zu helfen

Weder in den Zwerg- noch den Eliteschulen der in jeder Beziehung alten Bundesrepublik war solch ein Thema, außerhalb von Adel und Bürgertum Mittelpunkt der Bildung und Erziehung.

Deshalb nimmt es nicht Wunder, dass in dieser Zeit Politiker der gehobenen und Mittelklasse – Automobilklassen sind auch gemeint – öffentliche die Auffassung äußern dürfen, es gäbe wichtigeres als die Erhaltung des Menschenlebens oder wozu noch die Alten heilen und durchfüttern, die sterben in einem halben Jahr doch sowieso. Das ist profitorientiert wirtschaftlich gesagt. Und getan.

Der Vorsitzende der Weltärztekvereinigung, Frank Ulrich Montgomery, kritisierte jüngst die Bundesregierung, weil sie den Alten in den Heimen (er meint wohl die „Seniorenresidenzen“ der Unterklasse) nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zu teilen werden lasse.

Der Kapitalismus entlarvt sich in dieser Zeit bis zur Kenntlichkeit. Da hilft auch der als Zitat beliebte Artikel 1 des Grundgesetzes nicht weiter. Oder wer würde nicht gerne in unantastbarer Würde leben?

w.k.

Für den Frieden der Welt ist nichts zu teuer

Materialien aus dem Bundestag

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke liegt die Antwort intern vor: d.h. aktuell noch nicht auf dem Bundestagsserver DIP21. Aus der Antwort auf die 17 Einzelfragen geht hervor, dass in Jagel die Infrastruktur für insgesamt 20 Drohnen erstellt werden soll. Die ersten Heron TP sollen Ende d.J. dorthin ausgeliefert werden. Über die entstehenden Gesamtkosten hält man sich derzeit noch bedeckt und benennt lediglich Teilbeträge. In Medienberichten, auf die in der Anfrage verwiesen wurde, war aber bereits von ca. 150 Mio. Euro für die Infrastruktur (was im Prinzip weitgehend bestätigt wird) und von weiteren 200 bis 250 Mio. Euro für die Drohnenstationierung selbst die Rede. Die ersten Auslieferungen der „Eurodrohne“ sind demnach frühestens für 2027 vorgesehen. Der vollständige Text der (vorläufigen) Antwort auf die Kleine Anfrage findet sich auf der Homepage unter

<http://drohnen.frieden-und-zukunft.de/>
?Materialien/Bundestag

*

Lesenswert

Peter Großmann

Mit ganzem Herzen

Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS und die Jahre danach

Taschenbuch edition buchshop, 544 Seiten
ISBN: 978-3-96014-686-5, Preis 19,90 Euro

Wie in den 80er-Jahren streng gehütete westliche High-Tech-Geheimnisse in den DDR-Stahlschrank kamen, beschreibt Peter Großmann (geb. 1941) in diesem Buch. Als Offizier und Arbeitsgruppenleiter im Sektor Wissenschaft und Technik der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit war er mit seiner Gruppe, der Abteilung XV, maßgeblich dafür verantwortlich. Unterlagen, Muster und Ausrüstungen zur Unterstützung der Forschung und Produktion in der DDR fanden ihren Weg – unter Umgehung des strengen westlichen Embargos. Von seiner Entwicklung, seinen Erfolgen und Niederlagen beim Aufbau und der Führung des hochqualifizierten Kundschafternetzes sowie über Interna der Geheimdienstarbeit zeichnet Großmann ein anschauliches Bild, ohne etwas zu beschönigen oder zu bemänteln.

Seine Entwicklung ist durchgängig begleitet von kritischer Auseinandersetzung mit dem politischen Zeitgeschehen und gesellschaftlichem Engagement, von sportlicher Aktivität und vielseitigen kulturellen Interessen vor allem an klassischer Musik.

Der Leser findet eine in einfachen Worten gehaltene Darstellung eines intensiven Lebens, untermauert von vielfältigen Überlegungen und authentischen Zitaten. Durchgängiges Prinzip sind die Achtung und Wertschätzung für und durch seine Mitmenschen, tiefe Hingabe und Leidenschaft und manchmal auch ein ironisches Augenzwinkern.

(Klappentext)

*

Ludwig Elm

Adenauer und die Gründung der BRD – ein Glückssfall für die NS-Täter, die deutsche Rechte und die NATO

pad-Verlag, Am Schlehdorn 6 59192 Bergkamen; e-mail: pad-Verlag @gmx.net
ISBN: 978-3-88515-306-1 Preis: 6---Euro

Ludwig Elm nähert sich in seiner Studie der Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik. Schlussstrichpolitik, kalte Amnesty,

die Wiedereingliederung und Versorgung ehemaliger Mitläufer und Täter des faschistischen Deutschlands, Westbindung und Wiederaufrüstung, Weichenstellungen für die Entwicklungen zur heutigen Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland. So manchem älteren Genossen ein Alptraum, unvergessen. Für andere später Geborene sind die Schilderungen notwendiges Wissen, unabdingbar für das historisch-politische Verständnis und die sich daraus ableitenden Konsequenzen für das heutigen Denken und Handeln. Gerade in Zeiten der Umdeutungen und Verfälschungen, besonders sichtbar in der Formel von den „zwei deutschen Diktaturen“, werden Kontinuitäten nachvollziehbar: vom Antikommunismus Adenauers, dem Entsorgen der Lebensleistungen von Millionen Bürgern der DDR, bis u.a. zum Versuch des Entzuges der Gemeinnützigkeit für progressive Vereine. Ein kalter Weg.

Klaus Dieter Jäschke

*

In eigener Sache: **ISOR aktuell** als Mitteilungsblatt von ISOR e.V. berichtet über die Vereinsarbeit und das politische Umfeld. Sie wird ihre Seiten nicht Meinungen, Spekulationen, Vermutungen und dgl. mehr zur gegenwärtigen Pandemie öffnen, und bittet deshalb, derartige Beiträge nicht an uns einzureichen, zumal unsere vierwöchige Erscheinungsweise ohnehin die Problematik nicht aktuell abbilden kann. Eine Analyse auf marxistischer Grundlage erfolgt demnächst.

w.k.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel , Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.05.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 01.07.2020

Einstellung im Internet: 10.07.2020

Auslieferung: 15.07.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin
Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16